

Ä50 zu D1: Grenzenlose Solidarität mit Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze zu Belarus!

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
19.11.2021)

Antragstext

In Zeile 3 löschen:

~~Die kommenden Monate werden viele Bereiche unserer Gesellschaft vor Anstrengungen stellen. Daher fordern wir die Umfunktionierung der Ressourcen, welche die "Task Force Abschiebung" bindet, zur Unterstützung einer Willkommens- und Bleibekultur und damit dem Ende einer unmenschlichen Abschiebepolitik. Um den Menschen eine Bleibeperspektive zu geben, positionieren wir Bündnisgrüne uns klar gegen jegliche Abschiebungen, sowie gegen die Funktion des BER als Abschiebeinstrument.~~

Begründung

Bei diesem Absatz besteht keine formale Dringlichkeit. Wir sollten als gesamte Partei die Diskussion zu grundlegenden Positionen zum Thema Asylpolitik führen, z.B. in den entsprechenden Landesarbeitsgemeinschaften, auf einer zeitnahen Mitglieder-Videokonferenz zu den Innenpolitischen Themen, etc.

In einem Dringlichkeitsantrag drei Tage vor der LDK grundlegende Beschlüsse zur Asylpolitik in einem Halbsatz herbeizuführen, wird dem Thema nicht gerecht. Wir beantragen daher die Streichung des Absatzes und nehmen ihn als Beitrag zu einem weitergehenden Diskussionsprozess innerhalb der Partei mit.

Ä51 zu D1: Grenzenlose Solidarität mit Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze zu Belarus!

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
19.11.2021)

Antragstext

Nach Zeile 2 einfügen:

Die Europäische Union, Deutschland, und Brandenburg müssen den Schutzsuchenden ihr Menschenrecht auf Asyl gewähren. Insbesondere auch Polen muss sich zu seiner Verantwortung bekennen und Geflüchtete aufnehmen. Auf keinen Fall dürfen Menschen, die unseren Schutz brauchen, an der EU-Außengrenze gewaltsam zurückgedrängt werden. So genannte Pushbacks, wie sie in Polen an der Grenze zu Belarus praktiziert werden sind illegal und wir verurteilen sie aufs Schärfste.

Transparenz ist von hoher Bedeutung, wenn fundamentale Menschenrechte betroffen sind. Sperrzonen, die Journalist*innen und Abgeordneten unzugänglich gemacht werden, sind hiermit nicht vereinbar. Wir Bündnisgrüne appellieren an unsere europäischen Nachbarn in Polen, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und die Aufnahme von Geflüchteten menschenfreundlich und menschenwürdig zu gestalten. Dafür braucht Polen auch die Unterstützung und Solidarität der gesamten EU. Die Unterstützung von Praktiken, die nicht mit Menschenrechten oder den Rechten von Asylsuchenden vereinbar sind, ist davon aber ausdrücklich ausgenommen. Das Brandenburger Innenministerium muss genau hinschauen, wofür die angebotene Hilfe verwendet wird.

Ä52 zu D1: Grenzenlose Solidarität mit Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze zu Belarus!

Antragsteller*innen Robert Sperfeld (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 1 löschen:

Mindestens zehn Menschen sind an der Außengrenze der EU zu Belarus in den letzten Tagen gestorben. Menschen erfrieren, hungern und erleben Gewalt, es führt kein Weg weiter und kein sicherer mehr zurück. Auf der Suche nach einer sicheren Bleibe werden die Menschen und deren Notlage als Druckmittel eines totalitären Regimes ausgenutzt. Die Situation an der Grenze zwischen Belarus und Polen ist unerträglich. Deshalb fordern wir den Zugang für Hilfsorganisationen sowohl auf der EU-Seite, als auch in Belarus, um die frierenden Menschen sofort mit dem Nötigsten zu versorgen. ~~Auch muss sich die Landesregierung klar zu einer Aufnahme der Geflüchteten bekennen.~~

Begründung

Der Absatz beschreibt die Lage an der Grenze, hier geht es noch nicht um das Handeln Brandenburgs. Zudem, so wie der Satz hier steht, bezieht er sich auf alle Geflüchteten aus dem Grenzgebiet, zu deren Aufnahme sich Brandenburg bereiterklären soll. Weiter unten im Text geht es um Beteiligung am humanitären Korridor. Das ist, worum es aus Landessicht gehen sollte, und für diesen Antrag ausreichend

Ä53 zu D1: Grenzenlose Solidarität mit Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze zu Belarus!

Antragsteller*innen Robert Sperfeld (KV Potsdam)

Antragstext

Nach Zeile 2 einfügen:

Das Regime in Belarus hat die katastrophale humanitäre Lage der Geflüchteten in Belarus bewusst herbeigeführt und ist in der Pflicht, die Menschen zu versorgen und dem UNHCR und Hilfsorganisationen Zugang zu gewähren.

Begründung

Einzufügen vor dem neuen Text aus dem Änderungsantrag des LV.

Der Text des LV-Änderungsantrags verurteilt einseitig Polen, ohne das eigentliche Problem klar zu benennen. Deshalb ist dieser Einschub wichtig für die Ausgewogenheit des Textes.

Ä1 zu S3: LDK in verkleinertem Rahmen und Ergänzung Grundsätze Versammlungen

Antragsteller*innen Lydia Budiner (KV Oberhavel)

Antragstext

In Zeile 4 löschen:

~~(12) Abweichend von den in § 9 Abs. (3) getroffenen Regelungen kann die Landesdelegiertenkonferenz in verkleinertem Rahmen einberufen werden, wenn~~

Begründung

s.u. im Kommentar- gerade in Notsituationen bedarf es des Inputs aller verfügbaren Perspektiven und dann basierend auf einer breiten Informationsbasis eine Entscheidung treffen zu können - daher §12 ersatzlos streichen.
Zudem ist über den §6, den ich ausdrücklich befürworte, sichergestellt, dass eine Teilnahme aller möglich ist ohne besondere Gefährdungen.